

Unerwünschtes Bargeld

Zu Lust und Risiken des Kapitalverkehrs

Lucas Zeise

Ich kann mich nicht erinnern, dass ich mich je zuvor auf derselben Seite wie Jens Weidmann (Präsident der Deutschen Bundesbank), Holger Stelzner (Herausgeber der FAZ) und der FDP befunden habe. Jetzt ist es geschehen. Es geht um das Vorhaben der Bundesregierung, Barzahlungen über 5.000 Euro per Gesetz zu verbieten. Das ist offensichtlich Bestandteil einer EU-weiten (oder sogar kapitalismusweiten) Kampagne, die Nutzung von Bargeld einzuschränken und es schließlich ganz abzuschaffen. Der Plan der Bundesregierung wurde am vergangenen Mittwoch offiziell bekannt. Einen Tag später bestätigte EZB-Präsident Mario Draghi, dass überlegt werde, den 500-Euro-Schein nicht mehr zu drucken.

Die beiden oben genannten Herren und die kleine, aber immer noch einflussreiche Partei verteidigen das Bargeld, weil, wie Weidmann sagt, der Deutsche gern bar zahle, weil, wie Stelzner schreibt, die »Feinde des Bargelds« nach »totaler Kontrolle« strebten. Und das FDP-Präsidiumsmitglied Volker Wissing formulierte elegant: »Bargeld ist gelebte Freiheit, die wir nicht preisgeben sollten.« Dass die Einschränkung der besseren Kontrolle der Bürger dienen soll, gibt die Bundesregierung offen zu. Terrorabwehr, Verhinderung von Geldwäsche und Steuerhinterziehung sind ihre Argumente. Sie folgt dabei dem Beispiel Frankreichs, wo nach dem Anschlag auf die Satirezeitschrift *Charlie Hebdo* im vergangenen Jahr die Barzahlungsobergrenze von 3.000 auf 1.000 Euro abgesenkt wurde. Die Anschläge im November wurden damit allerdings nicht verhindert. Richtig ist aber, dass Polizei, die anderen Staatsorgane, die Bank und die Kommunikationsfirmen lückenlos jede unserer Geldübertragungen nachvollziehen können, wenn diese über das Konto statt in bar abgewickelt werden.

Es gibt einen zweiten, wichtigeren Grund, weshalb das Bargeld aus dem Verkehr gezogen werden soll. Seit die Finanzkrise 2008 akut wurde, geht das Vertrauen der Bürger in die Stabilität des Bankensystems zurück. Der bei weitem größte Teil des Geldes wird in Form von »Sichteinlagen« bei den Kreditinstituten gehalten. Geht die Bank pleite, muss der Einlagensicherungsfonds einspringen. Gehen alle Geldhäuser

pleite – diese reale Gefahr bestand 2008 –, muss der Staat einspringen. Manche Staaten, die keine eigene Zentralbank mehr haben, können soviel Geld nicht mobilisieren. Bei der »Rettung« Zyperns 2013 sollten deshalb die Kontoinhaber der beiden größten Banken nach dem Beschluss der Euro-Finanzminister diese Rettung mitfinanzieren. Statt 100 Euro auf dem Konto sollten es nur noch 93,25 Euro sein. Klug oder glücklich, wer sein Geld vorher in bar abgehoben hatte.

Die Alternative Bargeld als Wertaufbewahrungsmittel soll abgeschnitten werden. Deshalb beginnt Draghi mit der Ausmusterung der großen Scheine und Schäuble mit dem Verbot von Zahlungen über 5.000 Euro. Dass die Banken in stabiler Verfassung sind, behaupten zur Zeit nicht einmal die Banker. Sie und die sie protegierenden Politiker machen bei der Bargeldabschaffung zuletzt einen etwas gehetzten Eindruck. Sie sind anscheinend in Eile.

Unser Autor ist Finanzjournalist und Publizist. Er lebt in Frankfurt am Main

<http://www.jungewelt.de/2016/02-06/044.php>